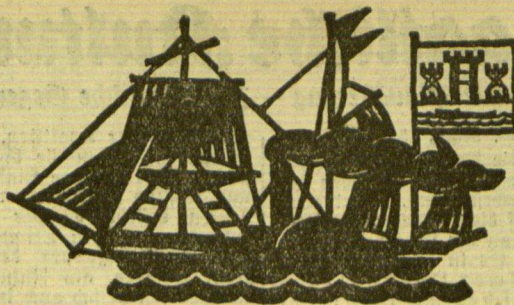


Ersteinstägig nachmittags 5 Uhr, außer an Sonn- und Feiertagen...
Monatlicher Bezugspreis: Für Abholer 4,50 Litae, mit Zustellung 5,--
Litae. Bei den Postkassen: Im Memelgebiet und in Litauen 3,30 Litae
monatlich, 15,30 Litae vierteljährlich. In Deutschland 2,45 Mark, mit
Zustellung 2,81 Mark monatlich. Für durch Streits, nicht gezielte
Feiertage, Verbote usw. ausfallende Nummern kann eine Kürzung des Bezugspreises
nicht eintreten. Für Aufbewahrung und Rücksendung unverlangt eingehender
Manuskripte wird keine Verantwortung übernommen. Sprechstunden der
Schriftleitung: vormittags 11 bis 12 Uhr außer Montag und Sonnabend.
Die Geschäftsstelle ist geöffnet: an Wochentagen von 1/8 Uhr morgens bis
1/7 Uhr abends. Fernsprechnummern: 26 und 28 (Geschäftsstelle und Schrift-
leitung) Nr. 480 (Geschäftsstelle und Druckereitor)
Druckanstalt: Dampfbootverlag



Anzeigenkosten für den Raum der mm-Spalte im Memelgebiet und in
Litauen 20 Cent, in Deutschland 10 Pfennig; Kleinanzeigen im Memelgebiet und in
Litauen 1,20 Litae, in Deutschland 60 Pfennig. Bei Erfüllung von Voraussetzungen
50%, Anschlag. Eine Gewähr für die Entrichtung bestimmter Preise kann nicht
übernommen werden. Jede Berechnung in litauischer Währung basiert auf dem
Kurs von Litae 10 = 1 U. S. A. Dollar; etwaige Kursdifferenzen gehen zu Lasten
der Auftraggeber. Gewährter Rabatt kann im Kontofalle, bei Einziehung des
Rechnungsbetrages am gerichtlichen Wege und außerdem dann zurückgezogen
werden, wenn nicht binnen 14 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung
erfolgt. Zahlungsfrist ist Memel. Anzeigenannahme: für kleine An-
zeigen bis 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, für alle Geschäfts-
anzeigen mindestens 24 Stunden früher. Die Ausnahme von Anzeigen an
bestimmten Tagen wird nicht gewährleistet. Anzeigenannahme durch Fern-
sprecher ohne Gewähr für die Richtigkeit. Beleg-Nummern kosten 30 Cent

Memeler Dampfboot

Führende Tageszeitung des Memelgebiets und Litauens

Nummer 40

Memel, Freitag, den 27. Februar 1931

83. Jahrgang

Deutschnationale Antwort an Hindenburg

Hugenberg will nicht — Etwas vom „eigenwilligen Versagen in der Stunde höchster Gefahr“ — „Als wir aus dem Reichstag gingen...“

* Braunschweig, 26. Februar.

Auf einer hiesigen Kundgebung der Deutschnationalen Volkspartei hat auch der Führer der Partei, Geheimrat Hugenberg, eine Rede gehalten, der insofern besondere Bedeutung zukommt, als sie als Antwort auf die vom Reichspräsidenten von Hindenburg an die Deutschnationalen gerichtete Aufforderung, in den Reichstag zurückzuführen und an den parlamentarischen Arbeiten sich wieder zu beteiligen, aufzufassen ist. Die Antwort Hugenberg's ist als eine glatte Abfuhr auf die wohlgemeinte Aufforderung Hindenburg's zu bewerten.

Die Vorgeschichte dieses Vorfalls ist kurz folgende: Der deutschnationale Abgeordnete Wege hatte unlängst ein Schreiben an den Reichspräsidenten gerichtet und in ihm um weitere und sofortige Hilfe für den Osten gebeten. In seinem Antwortschreiben hatte Hindenburg sehr höflich und sehr entschieden den Reichstagsabgeordneten Wege daran erinnert, daß die Gelegenheitswünsche, die der Landwirtschaft, insbesondere der des Ostens, helfen sollen, dem Reichstag zur Bearbeitung und Stellungnahme vorliegen, demselben Reichstag, dem die deutschnationale Fraktion immer noch fern bleibt. Es fehle also nicht die Unterstützung des Reichspräsidenten, sondern die Hilfe der Deutschnationalen, und er, der Reichspräsident, richte daher die Aufforderung an die Deutschnationalen, an den parlamentarischen Arbeiten wieder teilzunehmen. Diese Vermittlungsaktion Hindenburg's, mit der dieser den Deutschnationalen eine „goldene Brücke“ gebaut hat, dürfte, der gestrigen Rede des Anführers der Deutschnationalen nach zu urteilen, die wiederum in mehr als in einer Hinsicht „echt Hugenbergisch“ zu bewerten ist, als gescheitert anzusehen sein.

Die Stellen seiner Rede, in der Hugenberg von der Einbuße der Autorität Hindenburg's und von dem „eigenwilligen Versagen in der Stunde höchster Gefahr“ spricht, muten beinahe wie ein Urteil über sich selbst und seine Fraktion an, ja wie eine Selbstverurteilung, und hätten ebensogut von einem Mitgliede der staatsbeherrschenden Parteien den Augenbergianer ins Parteibuch geschrieben sein können.

Die betreffende Stelle der Braunschweiger Rede des deutschnationalen Führers lautet: „Der Herr Reichspräsident hat in Beantwortung einer Eingabe unferer Bauernführers Wege den Ruf an die Deutschnationalen gerichtet, sich an der Arbeit für die Landwirtschaft im Reichstag zu beteiligen, d. h. in den Reichstag zurückzuführen. Der Herr Reichspräsident wird von seiner Umgebung nicht zureichend unterrichtet. Das war beim Young-Plan so, das war bei der Bildung der Regierung Brüning so, das ist leider auch heute so. Wir haben es stets für verhängnisvoll gehalten, daß die Regierung Brüning sich als „Hindenburg-Kabinet“ aufstellt und für ihre feilschende Politik Schutz und Deckung hinter der Person des Reichspräsidenten sucht. Das beschwört die Gefahr herauf, daß der Name des von uns hochverehrten Herrn Reichspräsidenten an Autorität eine beträchtliche Einbuße erleidet. Die letzten Ausführungen des Landwirtschaftsministers Schiele beweisen (Hugenberg spielt hier auf eine Rede an, die Reichsminister Schiele in diesen Tagen im Reichstag gehalten hat) und in der er in der Hauptsache das sozialpolitische Programm der Regierung ankündigte und darlegte, dessen Durchführung den Schutz der einheimischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse und der von der deutschen Landwirtschaft benötigten ausländischen Rohprodukte gewährleisten soll, daß auch in den Volltagen wieder das seit einem Jahre gewohnte Nullspielen fortgesetzt werden soll, man drückt mit scheinbaren Zugeständnissen politisch auf die Rechte, die man auf der anderen Seite von der Macht fernhalten will. Die Landwirtschaft aber ist am Ende immer der leidtragende Teil. Wenn man will (!), ist auch heute die Rettung der Landwirtschaft möglich. Aber man will nicht (!), weil sie nicht mit der Sozialdemokratie möglich ist, sondern nur mit rechts und nur auf der Grundlage eines Rechtsfortschritts in Preußen.“

Wenn das Ministerium Brüning uns einladen läßt (?), an den Verhandlungen des Reichstages wieder teilzunehmen, so können wir daraus nur eine Retikation für die Unhaltbarkeit der Wege

entzwehen, in die sich das gegenwärtige Reichskabinet hineinmanövriert hat. Es braucht die Rechte, aber es will ihr nicht die Führung der politischen Geschäfte einräumen, die ihr zukommt und den Einfluß der Sozialdemokratie aufrecht erhalten, insbesondere in Preußen. Dieses eigenwillige Versagen in der Stunde höchster Gefahr ist eine geschichtliche Sünde. Als wir aus dem Reichstage gingen, schlug der Funken sichtbar ein. Ein jeder

Geradezu eine Geschichtsfälschung

Gerechte Entrüstung in Berliner politischen Kreisen über die Rede des französischen Kriegsministers Maginot

* Berlin, 26. Februar. Die Bemerkung des französischen Kriegsministers Maginot bei der Seeresedebatte in der französischen Kammer, daß, wenn man die Kriegsgefahr zum Verschwinden bringen wolle, es nur gerecht, ja notwendig sei, daß denen, die die Angreifer gewesen sind, die strengsten Beschränkungen auferlegt würden, hat in hiesigen politischen Kreisen naturgemäß allergrößtes Bekommen hervorgerufen. Man sieht darin geradezu eine Geschichtsfälschung. Im übrigen wird nochmals auf die allgemein bekannte Tatsache hingewiesen, daß die Abrüstungsverpflichtung Deutschlands im Versailler-Vertrag nur als eine Vorbereitung der allgemeinen Abrüstung der anderen Mächte gedacht war.

Frankreichs Kammer bewilligt den Etat des Kriegsministeriums

Sozialistischer Bertragungsantrag abgelehnt — Ein Protest Lavals

* Paris, 26. Februar. Der Etat des französischen Kriegsministeriums ist angenommen. Die Kammer hat in einer Nacht- und Nebelaktion das Budget des Kriegsministeriums vollkommen verabschiedet. Während der Beratung stellten kurz nach Mitternacht die Sozialisten den Antrag auf Vertagung der Beratung auf heute vormittag. Dieser Antrag wurde in namentlicher Abstimmung, die eine Stunde in Anspruch nahm, mit 200 gegen 102 Stimmen abgelehnt, nachdem sich Ministerpräsident Laval in entscheidender Weise gegen die beantragte Unterbrechung der Budgetberatung ausgesprochen und die Mehrheit der Kammer aufgefordert hatte, der Regierung alle zur Verfügung stehenden Mittel der Geschäftsordnung an die Hand zu geben und die Beratung fortzusetzen.

Neue französische Finanzskandale

* Paris, 26. Februar. Im weiteren Verlaufe der gestrigen Nacht- und Nebelaktion der französischen Kammer fragten zwei sozialistische Abgeordnete an, wann die Regierung bereit sei, auf ihre Interpellation bezüglich den Schutz der Sparer zu antworten. Die Interpellation sei eingebracht, um einen neuen Finanzskandal aufzudecken. Ein Bankier

verstand das Bild, das offenbar denen, die als Modell dafür sahen, so peinlich ist. Links und Mitte allein an der Arbeit des hohen Hauses im trauten Bunde zur Entrichtung der nationalen Opposition, der Verhinderung der Herrschaft derjenigen, die Deutschland allein retten können.“

Schieles Hilfsruf an den Reichslandbund

* Berlin, 26. Februar. Reichsminister Schiele hat sich in einem Schreiben an den Vorstand des Reichslandbundes gewandt und ihn dringen ersucht, seinen Einfluß aufzuwenden, daß die parlamentarischen Vertreter der Interessen des Reichslandbundes wieder in den Reichstag erscheinen, um die Annahme eines der heimischen Landwirtschaft schädlichen Antrages der Sozialdemokraten auf Gewährung eines Kontingents ausländischen Gefrierfisches in Höhe von 50 000 Tonnen zu verhindern.

Deutsche Flieger und Maschinen in Schanghai eingetroffen

* London, 26. Februar. „Times“ meldet aus Schanghai: Eine Gruppe deutscher Flugzeugführer und Mechaniker ist in Flugzeugen der Luftflotte aus Deutschland hier eingetroffen und wird binnen weniger Tage bereit sein, einen Probeflug von Schanghai nach Wankowli an der russisch-mandschurischen Grenze zu unternehmen. Das, hofft man, wird der erste Schritt zur Einsetzung eines regelmäßigen Flugdienstes nach Berlin sein, der im April d. Js. aufgenommen werden soll, in welchem Monat noch zwei weitere Flugzeuge verfügbar sein werden. Alle vierzehn Tage soll dann ein Flugzeug abgehen, das von Wankowli aus längst der sibirischen Bahn fliegen wird.

Schandurteil in Do Inisch-Oberschlesien

* Warschau, 26. Februar. Das polnische Oberste Gericht bestätigte gestern das erstinstanzliche Urteil gegen den Abteilungsleiter des Deutschen Volksbundes in Do Inisch-Oberschlesien, Schulrat Dudek, auf 1 1/2 Jahre Gefängnis unter Anrechnung von fünf Monaten Untersuchungshaft. Gegenstand der Anklage war angeblich Verbreitung militärischer Geheimnisse an Deutschland.

Generalfstreik der spanischen Eisenbahner

* Madrid, 26. Februar. In Spanien haben die Eisenbahner den Generalfstreik ausgerufen, weil die Regierung ihre Lohnforderungen nur zur Hälfte erfüllen will. Die spanischen Behörden haben zwei Pionierregimenter aufgebildet, um den Verkehr aufrecht zu erhalten.

Aus Angora wird gemeldet: Die Regierung beschloß, den Belagerungszustand über Menemen noch um eine Woche zu verlängern.

„Weltkampftag“ ruhig verlaufen

In Berlin wurden Lebensmittelgeschäfte geplündert — Insgesamt hundert Verhaftungen, Todesopfer lediglich in Leipzig

* Berlin, 26. Februar. Die von den Kommunisten für den gestrigen Tag vorbereiteten großen Demonstrationen gegen Arbeitslosigkeit und Hunger — der sogenannte „Weltkampftag“ — sind, nach den bisher vorliegenden Meldungen zu urteilen, sowohl in Deutschland, wie auch in England, Frankreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Schweden, Dänemark und Spanien ruhig verlaufen. Diese erfreuliche Tatsache dürfte allerdings zum größten Teile auf die Schutz- und Vorsichtsmaßnahmen zurückzuführen sein, die die Polizei der verschiedenen Länder getroffen hatte. Wie bereits gemeldet, waren in zahlreichen größeren Städten Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel am 25. sogar vollkommen unterfangen.

Wie in den Vormittags- und Mittagsstunden — über die Krawalle in dieser Zeit ist bereits berichtet worden — so ist es auch am gestrigen Nachmittag den Führern des Berliner Kommunismus gelungen, eine Anzahl von Arbeitslosen dem Demonstrationsschrei zuwenden und die Straße zu reinigen. Die Mäße, die sich an verschiedenen Stellen der Stadt, so in Weidensee und im Norden und Osten der Stadt bildeten, waren meistens außerordentlich schwach und konnten von der Polizei unter „stetswölklicher“ Mitwirkung des Gummiknüppels rasch aufgelöst werden. Verstehten sich keine der Beamten tätlichen Widerstand entgegen. Die Hauptrednerführer wurden festgenommen.

Im Osten der Stadt kam es am Nachmittag zur Plünderung zweier Lebensmittelgeschäfte. Am Abend wurde in der Leipziger Straße, nahe am Potsdamer Platz, ein Demonstrationszug von 80 Erwerbslosen durch die Polizei aufgelöst. Die kommunistischen Versuche im Westen von Berlin Kundgebungen zu veranstalten, konnten von der Polizei bereits im Keime erstickt werden. Insgesamt sind gestern hundert Personen festgenommen worden. Alle Versuche der kommunistischen Drahtzieher, nach Feierabend die aus ihren Betrieben heimkehrenden Arbeiter zu veranlassen, an den Demonstrationen teilzunehmen, scheiterten. Wie auch die aus den verschiedenen Teilen des Reiches eingelaufenen Meldungen erkennen lassen, dürfte der Verlauf des „Weltkampftages“ keineswegs den kommunistischen Erwartungen und Vorbereitungen entsprechen.

Lediglich in Leipzig sind den Zusammenstößen Menschenleben zum Opfer gefallen. Als sich in einem Leipziger Vorort ein Polizeikommando einem Demonstrationszug von etwa 2000 Personen entgegenstellte, wurde es mit Steinen beworfen und beschossen. Sechs Polizeibeamte erlitten durch die Steinwürfe mehr oder weniger schwere Verletzungen. Außerdem erhielt ein Beamter einen Streifschuss am Schenkel und ein anderer Beamter wurde vor einem schweren Bauchschuß nur dadurch bewahrt, daß das Geschoss am Gürtelschloß abprallte. In dieser armen Bedrängnis machten die Beamten von ihren Schusswaffen Gebrauch.

Einer der Angreifer wurde auf der Stelle getötet, acht weitere schwer verletzt. Drei von diesen Schwerverletzten sind gleich nach ihrer Einlieferung ins Krankenhaus gestorben. Unter den Schwerverletzten befindet sich auch ein 12-jähriger Knabe, der einen Schuß in die Schläfe erhielt, als er in einer Haustür stehend, den Ausschreitungen zusah.

In Dresden, Hamburg, Nürnberg, Köln und in Essen sind die Umzüge und Demonstrationen im wesentlichen ruhig und ohne Blutvergießen verlaufen. In Bremen wurde ein Polizeibeamter durch einen Messerstoß verletzt.

Trotz des Verbotes, Versammlungen und Demonstrationen abzuhalten, veranstalteten die Erwerbslosen in München in den Abendstunden mehrere Demonstrationszüge von größerer Stärke. Die Polizei griff sofort an den betreffenden Stellen ein. Die Demonstranten bewarfen die Gendarmen mit Steinen und Eiswürfeln, so daß die Polizei blankstehen mußte. In Saarbrücken hatten die Kundgebungen eine recht starke Beteiligung aufzuweisen, führten schließlich zu Unruhen und zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei, die im Verbands mit den Landjägern die Ausschreitungen der Demonstranten unter Mühe unterdrückte.

Mussolini verzichtet auf „Parität“?

„Dies ist aber nur so zu verstehen...“

* Paris, 26. Februar. „Matin“ veröffentlicht eine Agenturmeldung aus Rom, in der es heißt, es verlange aus gutunterrichteter Quelle, daß Mussolini bereit sein soll, auf das Wort „Parität“ zu verzichten, das, wie bekannt, eine Verständigung zwischen Italien und Frankreich auf der Londoner Seeabrüstungskonferenz im vergangenen Jahre verhinderte. Das sei aber nur so zu verstehen, wie von gut unterrichteten politischen Kreisen der römischen Hauptstadt hierzu erklärt wird, daß Mussolini im Einverständnis mit den italienischen Flottenfachverständigen bereit sei, die Formel Parität durch eine andere Formel zu ersetzen.

Englands Konservative zweifeln

* London, 26. Februar. Mit den Frittenverhandlungen des Außenministers Henderson in Paris und Rom beschäftigten sich mehrere ewalliche

Blätter. Ein konservatives Londoner Blatt erklärt, Frankreich habe nur sehr geringe Zugeständnisse gemacht. Ein Ausgleich der französischen und italienischen Flottenforderungen würde, so meint das englische Blatt, auch die Befestigung französisch-italienischer Gegenseite auf anderen Gebieten fördern und die in Europa dadurch hervorgerufene Unruhe und Spannung erleichtern. Es sei jedoch vorläufig zweifelhaft, ob Italien dazu veranlaßt werden könne, seinen Anspruch auf völlige Gleichstellung mit Frankreich hinsichtlich der Flottenstärke preiszugeben. — Ein anderes konservatives Blatt spricht den Wunsch aus, daß der englische Außenminister bei seinen Verhandlungen in Rom Erfolg haben möge. Das Blatt erklärt, daß es in dieser Zeit schwerer wirtschaftlicher Not ein großer Gewinn für die Völker Europas sein würde, wenn die Ausgaben für Rüstungszwecke möglichst eingeschränkt werden würden.

